Amt Moorrege

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 193/2015/AMT/BV

Fachteam:	Kommunikations- und Strukturmanagement	Datum:	20.05.2015
Bearbeiter:	Frank Wulff	AZ:	

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Hauptausschuss des Amtes Moorrege	01.07.2015	öffentlich
Amtsausschuss Moorrege	08.07.2015	öffentlich

Einrichtung eines Berichtswesens

Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:

Aufgrund der Umwandlung der Verwaltung des Amtes Moorrege zur Hauptamtlichkeit wurde gemäß § 15d Amtsordnung (AO) ein Hauptausschuss eingerichtet. Gemäß § 15d AO gelten dazu die §§ 45a bis 45c Gemeindeordnung (GO) entsprechend. Durch die Formulierungen der Gemeindeordnung wird in einer hauptamtlich geführten Verwaltung eine stärkere Aufgabenabgrenzung zwischen dem Amtsausschuss und der Verwaltung selbst angestrebt. Die Aufgabe des Amtsausschusses besteht in erster Linie darin, Ziele und Grundsätze für die Verwaltung des Amtes zu formulieren und diese ggf. zu modifizieren bzw. Maßnahmen zur Nach- oder Gegensteuerung zu treffen. Die operativen Entscheidungen obliegen der hauptamtlichen Verwaltung. Dies bedeutet, dass Amtsausschuss und Ausschüsse nicht in jedem Einzelfall entscheiden sollen. Ein Ausgleich zum Zuwachs an Unabhängigkeit der hauptamtlichen Verwaltung ist durch das Berichtswesen, also durch eine entsprechend verbesserte Information der Politik, geschaffen worden. Mit dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vom 25. Juni 2002 wurde die Gemeindeordnung klarstellend geändert. Bezüglich des Berichtswesens erfolgte erstmals eine Konkretisierung über den neu eingefügten § 45c. Diese am 01. April 2003 in Kraft getretene Bestimmung hat folgenden Wortlaut:

§ 45 c – Berichtswesen

Das Berichtswesen legt fest, zu welchen Themen und in welchen zeitlichen Abständen die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister die Gemeindevertretung, den Hauptausschuss oder die Ausschüsse zu unterrichten hat. Das Berichtswesen soll eine wirksame Kontrolle der Verwaltung ermöglichen und die erforderlichen Informationen für politische Entscheidungen geben. Es erstreckt sich insbesondere auf

- 1. die Entwicklung wichtiger Strukturdaten,*
- 2. die Ausführung der Beschlüsse der Gemeindevertretung, des Hauptausschusses und der Ausschüsse,*

3. die Entwicklung der Haushalts- und Finanzdaten,
 4. die Menge, die Qualität und die Kosten der erbrachten Verwaltungsleistungen, soweit die Gemeinde über ein geeignetes Rechnungswesen verfügt,
 5. den Abgleich der tatsächlichen Entwicklungen mit den vorliegenden Fachplanungen,
 6. den Zustand der öffentlichen Einrichtungen,
 7. einen allgemeinen Verwaltungs- und Personalbericht und
 8. die Ausführung der Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung.
- Das Berichtswesen umfasst auch Eigenbetriebe, Kommunalunternehmen, Gesellschaften (§ 102) und andere privatrechtliche Vereinigungen (§ 105) der Gemeinde sowie die Beteiligung an diesen.

Für den Bürgermeister ist hier der Amtsdirektor gleichzusetzen, für die Gemeindevertretung der Amtsausschuss.

Gemäß § 45b Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 GO soll der Hauptausschuss das Berichtswesen auf der Grundlage des § 45c GO entwickeln und dem Amtsausschuss einen Vorschlag der „Grundsätze für das Berichtswesen im Amt Moorrege“ zur Beschlussfassung gemäß § 24a AO i.V.m. § 28 Satz 1 Nr. 26 GO vorlegen.

Die Berichte sollen dem Amtsausschuss nach Möglichkeit entscheidungserhebliche Informationen liefern. Die optimale Funktion eines Berichtswesens setzt allerdings die Definition von politischen Zielen ebenso voraus wie die hinreichende Bestimmung des Informationsbedarfs des Amtsausschusses.

An das Berichtswesen sollten keine übertriebenen Anforderungen gestellt werden, weil es bei extensiver Handhabung erhebliche Kräfte der Verwaltung binden würde.

In der Gemeindeordnung und auch in der Geschäftsordnung für den Amtsausschuss und die Ausschüsse des Amtsausschusses sind bereits jetzt Instrumente vorhanden, die den Informationsanspruch bzw. das Kontrollrecht der Mitglieder des Amtsausschusses berühren (z. B. Auskunftspflicht des Amtsdirektors und Akteneinsichtsrecht nach § 30 GO, Teilnahme des Amtsdirektors an Sitzungen nach § 36 GO, Bericht des Amtsdirektors über besondere Angelegenheiten nach § 9 der Geschäftsordnung, Vorbericht zum Haushalt nach § 3 GemHVO).

Der Amtsausschuss legt die Ziele und Grundsätze für die Verwaltung des Amtes fest und trifft alle für das Amt wichtigen Entscheidungen. Die Verwaltungsleitung obliegt allein dem Amtsdirektor. Er ist für alle Verwaltungsangelegenheiten einschließlich der Personalsachen, soweit hier nicht die Zuständigkeit des Hauptausschusses nach § 8 Abs. 1 der Hauptsatzung gegeben ist, sowie für die Geschäfte der laufenden Verwaltung kraft Gesetzes allein verantwortlich.

Das vom Hauptausschuss zu entwickelnde und vom Amtsausschuss zu beschließende Berichtswesen besteht neben anderen Informationsrechten des Amtsausschusses (siehe oben). Das Berichtswesen soll das Verwaltungshandeln transparent machen, Entscheidungsbedarfe aufzeigen und hierfür Hilfestellungen geben, die tatsächlichen Entwicklungen innerhalb der vom Amtsausschuss aufgestellten Grundsätze und Zielsetzungen aufzeigen und die Finanzentwicklung darstellen und eine Prognose auf das Jahresergebnis ermöglichen.

Das Berichtswesen erstreckt sich somit auf die Umsetzung der vom Amtsausschuss festzulegenden Ziele und Grundsätze; es erfasst grundsätzlich nicht die Geschäfte der laufenden Verwaltung.

Ein wirksames Berichtswesen setzt voraus, dass die Berichte regelmäßig und standardisiert abgefasst werden und tatsächlich erörtert werden können.

Unter Zugrundelegung der dargelegten Funktionen, Grundlagen und Elemente des Berichtswesens wird folgende Richtlinie zur Form des Berichtswesens empfohlen:

A. Die Amtsdirektorin oder der Amtsdirektor berichtet im Hauptausschuss regelmäßig über folgende Angelegenheiten:

1. Entwicklungsberichte

- Haushaltsentwicklung, Steuerentwicklung
- Personalentwicklung, Personalplanung
- Sozialdaten, Sozialaufwendungen
- Strukturdaten (Einwohnerzahl, Bevölkerungsstruktur, Wirtschaftsentwicklung)
- Planung und Umsetzung von Bauleit- und Landschaftsplänen im Amtsgebiet
- Bauvorhaben mit Kostenentwicklung, Grundstücksangelegenheiten des Amtes
- Öffentliche Einrichtungen
- Zweckverbände im Amtsgebiet

Die Berichte sind als Halbjahres- und Jahresberichte jeweils zu den Stichtagen 30.06. und 31.12. eines jeden Jahres zu erstellen und im jeweils folgenden Kalendervierteljahr vorzulegen.

2. Wirtschaftliche Betätigungen, privatrechtliche Beteiligungen, gesellschaftliche Beteiligungen

Berichtspflichtig sind neben der Amtsdirektorin oder dem Amtsdirektor die vom Amtsausschuss oder dem Hauptausschuss bestellten Vertreterinnen oder Vertreter des Amtes Moorrege in Drittorganisationen.

Bei Beteiligungen von mehr als 25 % sind die Berichte rechtzeitig vor den Sitzungen der Gremien der Drittorganisationen vorzulegen. Die Berichte müssen die zur Entscheidung anstehenden Sachverhalte zur Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplanes, zur Feststellung des Jahresabschlusses und zur Behandlung des Jahresergebnisses mit Erläuterungen beinhalten. Nach den Sitzungen der Gremien der Drittorganisationen ist über die dort gefassten Beschlüsse zu berichten. Hierzu ist grundsätzlich die Vorlage der jeweiligen Sitzungsniederschrift ausreichend. Über die sonst zur Entscheidung anstehenden Sachverhalte ist der Hauptausschuss laufend zu unterrichten.

Bei Beteiligungen des Amtes Moorrege von bis zu 25 % ist die Vorlage eines jährlichen Lageberichtes ausreichend.

3. Ausführung von Beschlüssen

Über den Stand der Ausführung wichtiger Beschlüsse des Amtsausschusses und der Ausschüsse ist regelmäßig zu berichten.

4. Entscheidungen der Amtsdirektorin oder des Amtsdirektors, die vom Amtsausschuss übertragen wurden

Die Amtsdirektorin oder der Amtsdirektor berichtet jeweils in der nächsten Sitzung über Entscheidungen, die ihr oder ihm vom Amtsausschuss übertragen wurden.

5. Eilentscheidungen der Amtsdirektorin oder des Amtsdirektors gemäß § 15b Abs. 7 AO i.V.m. § 55 Abs. 4 GO

Die Amtsvorsteherin oder der Amtsvorsteher berichtet jeweils in der nächsten Sitzung über Eilentscheidungen, die von ihr oder ihm gemäß § 15b Abs. 7 AO i.V.m. § 55 Abs. 4 GO getroffen wurden.

6. Anordnungen der Aufsichtsbehörden

Über wichtige Anordnungen der Aufsichtsbehörden wird jeweils in der nächsten Sitzung berichtet.

7. Anhängige Rechtsstreitigkeiten

Über den Stand der dem Amt Moorrege und der Gemeinden anhängigen Rechtsstreitigkeiten wird jeweils in der nächsten Sitzung berichtet.

- B. Neben den regelmäßigen Berichten nach Abs. 1 soll die Amtsdirektorin oder der Amtsdirektor den Hauptausschuss fortlaufend auch über sonstige allgemeine Angelegenheiten, auch Kreis- und Landesthemen, sowie Personal- und Grundstücksangelegenheiten unterrichten, die für die Erhaltung und Entwicklung des Amtes Moorrege von Bedeutung sind.
- C. Der Amtsdirektorin oder dem Amtsdirektor nach anderen gesetzlichen Vorschriften obliegende Unterrichts- und Informationspflichten bleiben unberührt.
- D. Die Amtsdirektorin oder der Amtsdirektorin kann sich zur Ausführung bzw. Erläuterung einzelner Inhalte der Berichte durch Bedienstete der Amtsverwaltung vertreten lassen.
- E. Der jeweilige Bericht wird dem Amtsausschuss in der der vorausgegangenen Sitzung des Hauptausschusses folgenden Sitzung zur Kenntnis gegeben.

Finanzierung:

-/-

Fördermittel durch Dritte: -/-

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt, der Amtsausschuss beschließt die Richtlinien zum Berichtswesen im Amt Moorrege gemäß der Anlage 1.

Jürgensen

Anlagen:

Entwurf der Richtlinien zum Berichtswesen im Amt Moorrege